

Geld oder Gold

Der Wert des Vertrauens

Die enge Verbindung zwischen wirtschaftlichem Handeln und Vertrauen zeigt sich besonders beim Geld. Täglich werden in Deutschland Transaktionen ganz selbstverständlich mit Münzen, Scheinen und über 140 Millionen Kredit- und EC-Karten getätigt. Dabei ist zumindest bis zur Krise den meisten Menschen nur selten bewusst gewesen: Das Geld selber hat keinen Wert, sondern gewinnt diesen erst durch das Vertrauen in seine Werthaftigkeit.

In den Wirtschaftswissenschaften werden Geld die drei Funktionen als Zahlungsmittel, Recheneinheit und als Wertaufbewahrungsmittel zugeschrieben. Diese Funktionen kann Geld nur erfüllen, wenn es als allgemeines Zahlungsmittel akzeptiert wird. Da in neoklassischen Modellen vollkommene Informationen der Akteure über- und untereinander unterstellt werden, wird in den Analysen der Faktor Vertrauen kaum berücksichtigt. Dabei hat bereits 1900 der Soziologe Georg Simmel in seiner „Philosophie des Geldes“ festgestellt: ein funktionierendes Geldwesen basiert zum einen auf dem Vertrauen in die ausgebende Instanz (die Zentralbank) und zum anderen, dass das erhaltene Geld später zum selben Wert verwendet werden kann.

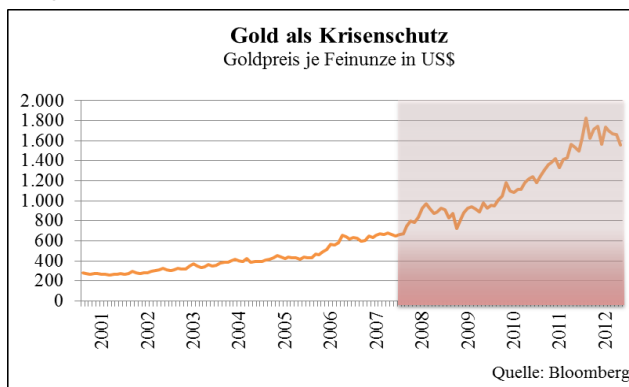
Seit den 1980er Jahren gelten von der Politik unabhängig agierende Zentralbanken auch in der Ökonomik als Voraussetzung für die Geldwertstabilität. Politiker haben der Theorie zufolge ein Interesse daran, über eine freigiebige Geldpolitik großzügigere Staatsausgaben zu finanzieren, um Wählerstimmen zu gewinnen. Mit der Delegation der Geldpolitik an eine unabhängige Zentralbank soll eine derartige Expansion der Geldmenge vermieden und damit Vertrauen in die Währung geschaffen werden. Gerät dieses Vertrauen ins Wanken, sind Unsicherheiten auf dem Geld- und Kapitalmarkt und der Wertverlust des Geldes die Folge. Die vielen Milliarden Euro, die für Rettungsschirme aufgebracht werden sollen, um das Bankensystem zu retten, dienen deshalb

letztlich der Stabilisierung des Vertrauens in das Geld. Aufgrund des hohen Anteils an Buchgeld im Vergleich zum Bargeld soll damit ein sogenannter „Bankrun“ vermieden werden, bei dem die Sparer das Vertrauen in die Banken verlieren und deshalb lieber Bar- statt Buchgeld horten möchten. Die beliebtesten Anlagen bei Unsicherheit sind Immobilien und Gold. Insbesondere das Edelmetall gilt seit jeher als krisenfeste Wertanlage, was die Immobilienkrise in Südeuropa und den USA noch verstärkt hat. Der starke Nachfrageanstieg führt zu steigenden Goldpreisen. So lassen sich Verunsicherungen über die Geldwertstabilität gut über den Anstieg des Weltmarktpreises von Gold abbilden (siehe Abbildung). Hinter den jüngsten Preissteigerungen des Goldes kann eine Reaktion auf die zunehmend expansivere Geldpolitik der Notenbanken vermutet werden, mit der versucht wurde, die Folgen der verschiedenen Krisen zu bekämpfen.

Aber Vertrauen spielt auch jenseits des Geldes eine vielfach unterschätzte Rolle. Vertrauen Menschen ihren Verhandlungspartnern, verzichten sie auf zeitintensive Nachforschungen und kostspielige Absicherungsmaßnahmen. Vertrauen sorgt dafür, dass Transaktionskosten eingespart werden können. Zahlreiche Studien belegen: je größer das Vertrauen, desto besser die wirtschaftliche Entwicklung einer Volkswirtschaft.

Dies wird allerdings vielfach erst deutlich, wenn Vertrauen fehlt – zum Beispiel in die staatlichen Institutionen, weil es viele korrupte Staatsbedienstete gibt (vgl. Seite 3 dieses Infodienstes). Ein Land, in dem Menschen einander und den formellen Institutionen nicht mehr vertrauen, muss auf einen wesentlichen Treiber für Wohlstand verzichten: die Arbeitsteilung. Wer dem Bauern nicht traut, dass die Milch nicht gepantscht oder das Gemüse nicht verunreinigt ist, baut lieber selber Gemüse an und hält sich eine Kuh. Wer der Steuerbehörde und der Regierung nicht traut, arbeitet lieber ohne Absicherung schwarz und verzichtet trotz guter Ausbildung auf berufliche Perspektiven. Und vertraut dann dem Nachbar nicht mehr, weil er ihn verraten könnte.

Ansprechpartnerin: Heide Haas



Kulturabgabe oder Kirchensteuer

Spenden - eine Glaubensfrage?

Das Thema Kirchensteuer bietet in regelmäßigen Abständen den Anlass zu lebhaften Diskussionen. In Deutschland wird die Kirchensteuer bei Mitgliedern bestimmter Glaubensgemeinschaften von den Finanzämtern der jeweiligen Länder anteilig vom Lohn einbezogen. Der neueste Vorschlag zur Reform der Kirchensteuer sieht eine verpflichtende Kulturabgabe für alle Bundesbürger vor. Ein Vorschlag, der jedoch auf heftige Kritik stößt.

Als Körperschaft des öffentlichen Rechts sind Glaubensgemeinschaften in der Bundesrepublik dazu berechtigt, Steuern zu erheben. Den staatlichen Kirchensteuer-einzug nehmen verschiedene Religionsgemeinschaften in Anspruch: z.B. die römisch-katholische, die evangelischen Landeskirchen, die altkatholische Kirche und die jüdische Kultusgemeinde. Doch in den letzten Jahren haben die Glaubensgemeinschaften Rückgänge in ihren Einnahmen zu verzeichnen. Während die christlichen Glaubensgemeinschaften 2008 noch 9,8 Mrd. Euro an Kirchensteuern einnahmen, sind die Einkünfte bis 2010 um über 600 Millionen Euro zurückgegangen, was einer Abnahme von 6 Prozent entspricht (siehe Abbildung). Wegen den sinkenden Einnahmen mangelt es den Kirchen teilweise an Mitteln für die Bereitstellung zahlreicher sozialer Dienste.

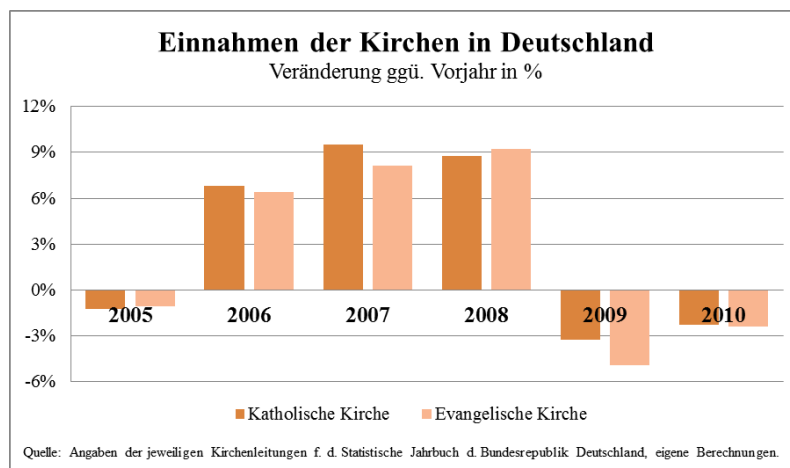
Im Mai 2012 wurde von einigen Politikern ein Umbau des deutschen Kirchensteuer-Systems gefordert. Anstelle der Kirchensteuer für Mitglieder der Glaubensgemeinschaften könnte künftig eine Kulturabgabe nach italienischem Vorbild von allen Bürgern erhoben werden. Bei der Kulturabgabe kann der Steuerpflichtige bei seiner Einkommensteuererklärung angeben, welcher Religionsgemeinschaft oder welchem sozialen Zweck die einbehaltene Einkommensteuer von 8 Prozent zugutekommen soll. Hintergrund dieser Forderung ist die Annahme, dass zahlreiche Christen wegen der Kirchensteuer aus der Kirche austreten. Durch die Kulturabgabe soll auch der wachsende

Anteil konfessionsloser Bürger dazu gebracht werden, einen Beitrag zur Bereitstellung kultureller und sozialer Güter zu leisten.

Diese Forderung ist jedoch auf breite Kritik gestoßen. Zum einen wollen die Kirchen das Privileg behalten, selber über die Höhe der an sie entrichteten Abgaben zu bestimmen. Zum anderen wird angeführt, dass die Austritte aus der Kirche eher auf das Bekanntwerden der Missbrauchsskandale in den letzten Jahren als auf die Höhe der Abgaben zurückzuführen sei. Ein weiterer wesentlicher Kritikpunkt besteht jedoch in der fehlenden Freiwilligkeit der Abgabe. Die Finanzierung nichtkirchlicher, sozialer und kultureller Institutionen beruht in Deutschland auf freiwilligen Spenden der Bürger. Nach Angaben des deutschen Spendenrates ist das Gesamtspendenvolumen in der Bundesrepublik seit 2006 durchschnittlich um 2 Prozent pro Jahr gestiegen. Angesichts dieser Zunahme erscheint die Einführung eines Spendenzwangs unangebracht.

Für private Spender steht vor allem der Aspekt der

Wahlfreiheit im Vordergrund. Sie können selber darüber entscheiden, welche Summe sie für welchen Zweck spenden wollen. Gerade diese Freiheit würde durch eine staatlich bestimmte Höhe der Abgaben an lediglich staatlich anerkannte Initiativen und Organisationen eingeschränkt.



Zahlreiche Untersuchungen belegen, dass die Spendenaufkommen höher ausfallen, wenn den Spendern möglichst viel Entscheidungsfreiheit gegeben wird.

Ein potenzieller Vorteil der Kulturabgabe wird in der Zentralisierung der Beitragseinziehung und der breiteren Beteiligung aller Bürger an sozialen Aufgaben gesehen. Allerdings wird dies durch die Freiheitseinschränkung viel zu teuer erkauft. Bürgerschaftliches Engagement, zu dem auch Spenden zu rechnen sind, ist letztlich, so paradox es sich anhören mag, eine „freiwillige Bürgerpflicht“, die ihre Wirkungen auf den Zusammenhalt einer Gesellschaft und auf das wechselseitige Vertrauen eben nur durch die Freiwilligkeit der Spende und des Engagements erlangt.

Ansprechpartnerin: Heide Haas

Quellen: Deutscher Spendenrat e.V. und GfK 2012: Bilanz des Helfens.

Wirtschaftskriminalität

Kommunikation, Kooperation, Korruption?

Die Grenzen zwischen Kooperation und Korruption von Wirtschaft und Politik sind fließend und die moralische Beurteilung von Grenzfällen kann sehr unterschiedlich ausfallen. Es ist unbestritten, dass Kommunikation und Kooperationen zwischen Wirtschaft und Politik unerlässlich sind. Aber ab wann wird die gewünschte Kooperation zur unerwünschten Korruption? Trotz vorhandener Grauzonen steht fest, dass nicht jede Form der Kooperation erlaubt ist.

Laut der jüngsten Eurobarometer-Umfrage zum Anstieg der Korruption, die im September 2011 in den 27 EU-Mitgliedstaaten durchgeführt wurde, empfinden 74 Prozent der Europäer und 57 Prozent der Deutschen die Korruption in ihrem Land als großes Problem. 12 Prozent der befragten Deutschen gaben an, im Alltagsleben von Korruption betroffen zu sein. Laut Bundeskriminalamt lag der durch gemeldete Korruptionsfälle verursachte Schaden allein im Jahr 2010 bei rund 176 Millionen Euro. Das gesamte Schadensausmaß kann nicht exakt beziffert werden, wird für Deutschland aber auf über 5 Milliarden Euro jährlich geschätzt.

Kooperation ist unerlässlich,...

Angesichts dieser Zahlen darf nicht vergessen werden, dass eine Marktwirtschaft grundsätzlich auf Kooperationen zielt und dadurch Vertrauen entsteht. Denn häufige, freiwillige Interaktion fördert das Vertrauen. Jedes Tauschgeschäft, und sei es nur der morgendliche Brötchenkauf beim Bäcker, geht mit Kooperationen einher. Die Interaktionspartner schließen das Geschäft ab, wenn sie damit einen Vorteil erzielen können. Je geringer die Transaktionskosten sind, desto eher lohnt sich der „Vertrag“. Wenn man dem Tauschpartner vertrauen kann, braucht man keine zusätzlichen Verträge abzuschließen und spart auch Such- und Informationskosten. Die Arbeitsteilung wird erleichtert und das Wirtschaftswachstum angekurbelt.

..., darf aber nicht zu Korruption führen.

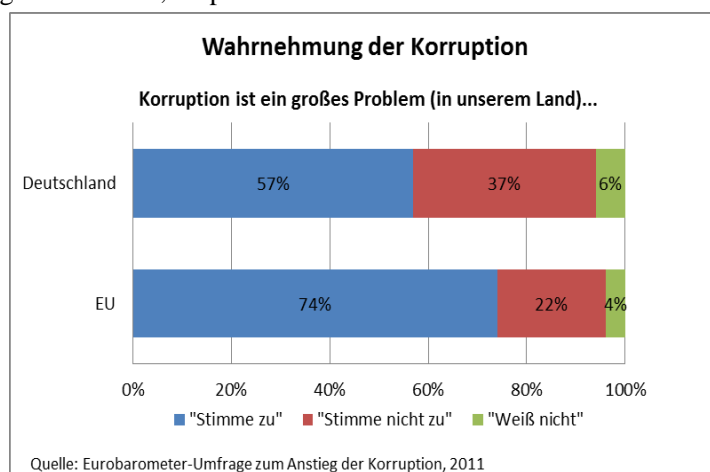
Der Übergang, ab dem eine erwünschte Kooperation zur Korruption wird, ist schwammig und kann im Alltag nicht immer exakt bestimmt werden. Ist eine Tafel Schokolade für die Erzieherin schon Bestechung? Ist die Essenseinladung für den Steuerfahnder ein unmoralisches Angebot? Exquisite Urlaubsreisen oder Schmiergeldzahlungen führen jedoch vielfach dazu, dass der Wettbewerb außer Kraft gesetzt wird, da nicht der ‚beste‘ Anbieter einen Auftrag erhält, sondern der korrupteste. Der Korruptionsnehmer nutzt die ihm von Amts wegen oder vom Arbeitgeber anvertraute Befugnisse aus, um einen persönlichen Vorteil zu erlangen, der ihm (vertragsgemäß) nicht zusteht. Dies kann sich aus Sicht von Korruptionsgeber und -empfänger kurzfristig lohnen, da sie einen Dritten schädigen. Aber gleichzeitig entsteht zum Beispiel durch das so genannte Anfütern eine Abhängigkeit, die nicht

nur bei Entdeckung zu Problemen führen kann. Auch aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ist Korruption fatal, da sie den Wettbewerb verzerrt, seit 1999 in Deutschland einen Gesetzesverstoß darstellt und zu Vertrauensverlusten in der Bevölkerung führt.

Das in der Bevölkerung bereits vorhandene

Misstrauen zeigt die Eurobarometer-Umfrage, in der bis zu 70 Prozent der befragten Deutschen angeben, Korruption in nationalen, lokalen und regionalen Institutionen zu vermuten. Zudem halten 50 Prozent der Befragten Korruption für einen Teil der Geschäftskultur in Deutschland. Um derartigen Vermutungen strategisch entgegenzuwirken, empfiehlt sich eine gezielt transparente Kommunikation nach außen. Am Beispiel der Public Private Partnerships (PPP), die vertraglich geregelte Kooperationsprojekte von öffentlicher Verwaltung und privaten Wirtschaftsunternehmen darstellen, verdeutlicht sich die Wichtigkeit der Kooperation. Denn das Gemeinwohl wird durch die effizientere Umsetzung öffentlicher Aufgaben durch PPPs erhöht, aber nur offene Kommunikation und Transparenz können Korruptionsverdacht und Vetternwirtschaft vermeiden helfen.

Ansprechpartnerin: Julia Wildner



Verhaltensethik

Diäten fördern unmoralisches Tun

Die Schale mit Süßigkeiten im Büro sieht verführerisch aus. Wie gerne würde man zugreifen, aber eigentlich war das Ziel in diesem Sommer ja die „Bikini-Figur“. Allerdings sagen Verhaltensforscher, dass Zugreifen für unser moralisches Handeln besser sein könnte als der Versuchung nach Süßem zu widerstehen.

Wenn eine Stunde mehr auf dem Stundenzettel vermerkt wird, als eigentlich für den Kunden gearbeitet wurde, wenn die Mittagspause länger ausgedehnt wird, ohne die Zeit nachzuarbeiten oder wenn Kugelschreiber und anderes Büromaterial mit nach Hause genommen werden, kann das unterschiedliche Gründe haben. Dies kann mit mangelnder Kontrolle im Unternehmen, schlechter Erziehung, falsch verstandener individueller Nutzenmaximierung oder einer schlechten Unternehmenskultur zusammenhängen. Ein psychologischer Faktor kann aber eben auch die Selbstkontrolle sein.

Selbstdisziplin befähigt uns, Reizen zu widerstehen und das längerfristige Ziel nicht aus den Augen zu verlieren. Allerdings handelt es sich dabei wohl um eine begrenzte kognitive Ressource. Das heißt, wenn zwei selbstkontrollintensive Situationen schnell aufeinanderfolgen, könnte für die zweite Situation nicht mehr genügend Selbstkontrolle übrig sein. In Experimenten führte dies dazu, dass Probanden, die kurz vorher Selbstkontrolle für ein bestimmtes Verhalten zeigen mussten, in der nachfolgenden Situation deutlich weniger selbstkontrolliert waren und zum Beispiel mehr aßen oder beim Shopping deutlich mehr kauften als die Kontrollgruppe.

Um kurzfristig verlockendem unmoralischem Verhalten widerstehen zu können, wird ebenfalls Selbstkontrolle benötigt. Sind nun die Selbstkontrollressourcen aufgrund einer vorangegangenen selbstkontrollintensiven Situation erschöpft, fällt die nachfolgende Entscheidung unethischer aus als im unerschöpften Kontrollzustand. Kurz gesagt: Erschöpfung der Selbstkontrollressource erhöht unethisches Verhalten. Studien der Verhaltensforscher Gino, Ariely und Co. unterstützen diese Annahme. In Experimenten wurden einige der Probanden aufgefordert, bestimmten Reizen keine Aufmerksamkeit zu schenken,

wofür sie eine entsprechende Selbstkontrolle aufbringen mussten. Die Probanden, denen diese Anweisung beim Betrachten der Bilder nicht gegeben wurde, verhielten sich im darauf folgenden Tests sehr viel moralischer als die Gruppe, die sich zuvor schon sehr beherrschen mussten.

Um sich moralisch einwandfrei zu verhalten, ist nicht nur Selbstkontrolle nötig, sondern auch die Fähigkeit, ethische Fragestellungen zu erkennen. Dieses moralische Bewusstsein ist jedoch auf die gleiche kognitive Ressource angewiesen wie die Fähigkeit, Selbstkontrolle auszuüben. Die Forscher konnten die Hypothese bestätigen, dass die Erschöpfung der Selbstkontrollkapazität gleichzeitig auch das moralische Bewusstsein beeinträchtigt.

Ist ein Mitarbeiter nun häufig einer selbstkontrollintensiven Situation ausgesetzt, fehlt ihm dann nicht nur die notwendige Selbstkontrolle, sondern auch die Fähigkeit, ein moralisches Dilemma überhaupt zu erkennen. Daher ist es empfehlenswert, ethisch relevante Entscheidungen nicht direkt nach selbstkontrollintensiven Situationen wie Meetings, Verhandlungen oder Dienstreisen zu fällen. Noch besser wäre eine allgemeine Reduzierung selbstkontrollintensiver Situationen. Herrscht im Unternehmen beispielsweise eine gute Kommunikationsatmosphäre, in der Mitarbeiter ehrlich ihre Meinung äußern können, müssen sie weniger Selbstkontrolle aufbringen, damit ihnen nicht der „Geduldsfaden reißt“. Auch ein nicht zu enger Zeitplan und Arbeiten ohne häufige Unterbrechungen entlasten die Selbstkontrollressourcen, da nicht immer erneut die Selbstkontrolle gefragt ist, wieder mit der Arbeit zu beginnen.

Statt also mit einer Süßigkeitenschale zu versuchen, das Klima im Büro zu verbessern, sollte das Unternehmen lieber auf eine Vertrauenskultur setzen und den Mitarbeitern möglichst wenige Anreize und Möglichkeiten zum Täuschen und Betrügen geben. Schließlich macht Gelegenheit Diebe, weshalb Mitarbeiter gar nicht erst in Versuchung geführt werden sollten – womit auch immer.

Ansprechpartnerin: Michaela Rüb

Quelle: Gino et al. (2011): Unable to resist temptation: How self-control depletion promotes unethical behavior



Quelle: <http://triopasta25.free.fr/fra/>